

# Factsheet Klimaschutzgesetz

Informationen und Argumente für das Gespräch mit Abgeordneten

## KLIMASCHUTZGESETZ

### 1. Warum fordern wir ein Klimaschutzgesetz, das dazu beiträgt, die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen?

Die Forderung beruht auf dem aktuellen Sonderbericht des **Weltklimarates IPCC** (Intergovernmental Panel on Climate Change), einer Organisation der Vereinten Nationen, die Forschung zum Klimawandel zusammenträgt und in regelmäßigen Berichten veröffentlicht. Der IPCC **stellt selbst keine eigene Forschung an, sondern trägt die Ergebnisse der weltweiten Forscher\*innengemeinschaft zusammen**. Diese werden in Szenarien zusammengefasst, die zum Beispiel eine Zukunft ohne weiteren Klimaschutz oder mit deutlich ambitionierterem Klimaschutz unterscheidet. Welche Effekte des Klimawandels eintreten, wird dabei mit Wahrscheinlichkeiten ausgedrückt.

Im Oktober 2018 hat der IPCC einen **Sonderbericht 1,5°C** veröffentlicht, als Vorbereitung für den Klimagipfel in Polen im Dezember 2018.

#### Die wichtigsten Erkenntnisse des Berichtes sind:

- Eine **Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5°C ist technisch und wirtschaftlich noch möglich**.
- Die bei der **Klimakonferenz in Paris 2015** von den einzelnen Staaten gemachten Zusagen zur Reduktion von CO<sub>2</sub> würden zusammengenommen noch immer zu einer globalen Erwärmung von ca. 3°C bis 2100 führen. Dies könnte Kippunkte des globalen Klimasystems auslösen, die den Klimawandel noch einmal beschleunigen (zum Beispiel das großflächige Austreten von klimaschädlichem Methan aus auftauenden Permafrostböden).
- Die globalen Emissionen müssten für das 1,5°C Ziel bis 2030 um fast die Hälfte (45% im Vergleich zu 2010) fallen. **Da die Länder im globalen Norden bisher deutlich mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen haben, als die Länder im globalen Süden, müssen sie allerdings deutlich mehr beitragen**. Das von der Bundesregierung im Klimaschutzplan festgelegte Ziel für 2030 (55% Reduktion, allerdings im Vergleich zu 1990!) muss daher zwingend nachgeschärft werden. Unter anderem ist ein schneller Kohleausstieg unumgänglich.

- **Würde sich die Erde um 2°C statt um 1,5°C erwärmen, hätte dies dramatische Auswirkungen;** so wären wohl bis zu zehn Millionen Küstenbewohner\*innen mehr vom katastrophalen Anstieg des Meeresspiegels betroffen, es würde zu deutlich mehr Dürren kommen - und auch die letzten Korallenriffe würden zerstört werden.
- Viel zitiert wird die Einschätzung des Berichtes *„Die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, erfordert rasche, weitreichende und beispiellose Veränderungen in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft“*

Die deutsche Koordinationsstelle des IPCC hat die Kernaussagen des Berichtes auf drei Seiten zusammengefasst: [https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen\\_IPCC\\_SR15.pdf](https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_IPCC_SR15.pdf)  
 Eine Übersicht über die Auswirkungen einer Erwärmung um 2°C gegenüber 1,5°C findest Du hier (auf Englisch): <https://www.nytimes.com/interactive/2018/10/07/climate/ipcc-report-half-degree.html>

## 2. Wie sähe ein gelungenes Klimaschutzgesetz aus?

Noch ist sehr offen, wie ein Klimaschutzgesetz konkret aussehen wird. Gerade deshalb ist es sinnvoll, schon jetzt abzustecken, welche Punkte enthalten sein sollten - und dies mit den Abgeordneten zu diskutieren.

- **Reduktionsziele so nah wie möglich an das 1,5°C Ziel bringen**  
 Die aktuellen Ziele der Bundesregierung würden, selbst wenn sie erreicht würden, bei weitem nicht als Beitrag ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen. In Anlehnung an den Bericht des IPCC sollten deshalb auch die deutschen Reduktionsziele nachgeschärft werden.
- **Verbindliche CO2-Budgets für alle Sektoren**  
 Anders als die Festlegung auf Jahreszahlen und Ziele sollte für alle Sektoren (Energie, Gebäude, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft) festgelegt werden, wieviel CO2 sie insgesamt überhaupt noch ausstoßen dürfen. So sind auch Zwischenschritte bei Emissionsreduktionen leicht bewertbar.
- **Klare Verantwortlichkeiten für die Einhaltung von CO2-Budgets**  
 Die Ministerien werden dafür verantwortlich gemacht, ihren Anteil an der Gesamtreduktion zu erbringen. So wäre in Zukunft z. B. nicht das Umweltministerium dafür verantwortlich, die Verfehlungen des Verkehrsministeriums wieder gerade zu biegen.
- **Ziele in Form von Gesetzen, nicht von Verordnungsermächtigungen**  
 Die Ziele für die einzelnen Sektoren und die nötigen Maßnahmen sollten per Gesetz festgelegt werden und nicht in Form von Verordnungsermächtigungen an die Ministerien delegiert werden. Denn Verordnungsermächtigungen räumen dem jeweiligen Ministerium nur das Recht ein, eine quasi gesetzliche Maßnahme zu treffen - verpflichten sie jedoch nicht zu dieser Maßnahme. Verbindlichkeit entsteht deshalb nur über eine echte, gesetzliche Verpflichtung.

- **Wer Ziele verfehlt, zahlt**

Da in Zukunft Verfehlungen der Klimaziele durch Kauf von Emissionszertifikaten kompensiert werden müssen, wäre es sinnvoll diese jeweils aus den Etats der Ministerien zu finanzieren. So wäre auch ein finanzieller Anreiz für die Ministerien geschaffen, ihre Ziele einzuhalten.

- **Einklagbarkeit**

Die bisherigen Klimaschutzklärungen der Bundesregierung sind nicht ohne weiteres einklagbar. Die Bundesregierung kann deshalb nicht für das Verfehlen von Klimazielen vor Gericht gezerrt werden. Dies sollte mit diesem Klimaschutzgesetz geändert werden.

### 3. Was kann ich von meinen Abgeordneten konkret fordern?

Auch wenn es noch keinen Entwurf des Gesetzes gibt, können Abgeordnete schon jetzt viel tun. Das Klimaschutzgesetz ist nicht nur uns wichtig, auch die SPD sieht es als wichtigen Aspekt für ihre Halbzeitbilanz der gesamten Regierung. Deshalb können wir auch von Abgeordneten, die nicht im Umweltausschuss sitzen oder für Klimapolitik verantwortlich sind verlangen, dass sie sich für das Klimaschutzgesetz stark machen.

#### **Was wir in diesem Moment und konkret von jedem Abgeordneten verlangen können:**

- Sprechen Sie mit Ihren für Klimaschutz und Umweltpolitik zuständigen Kolleg\*innen (s. u.) über das geplante Gesetz. Gibt es schon einen Stand der Dinge? Welche Punkte sind den Kolleg\*innen im Gesetzesentwurf wichtig?  
→ Wir bieten an: Die Rückmeldung der Fachpolitiker\*innen können wir gerne in einem weiteren Gespräch oder zumindest per Mail weiter besprechen.
- Beschäftigen Sie sich damit, welche katastrophale Folgen ein Klimawandel über 1,5°C bedeutet. Denn mich als Bürger\*in besorgt die Aussicht auf mehr Dürren, Hitzesommer und die Zerstörung der Lebensgrundlagen für Millionen Menschen auf der Welt. Teilen Sie Ihre Sorgen mit den Kolleg\*innen in der Fraktion.
- Machen Sie sich in der Fraktion stark dafür, dass das Klimaschutzgesetz so stark wird, wie es die für 1,5°C nötigen Anstrengungen erfordern.

#### **Wichtige Ansprechpersonen in der SPD**

Im **Vorstand** der SPD Fraktion im Bundestag ist Matthias Miersch für Klima zuständig und damit ein wichtiger Ansprechpartner. Alle **Umweltpolitiker\*innen der SPD-Fraktion** finden sich hier, ihr Vorsitzender ist Carsten Träger:

<https://www.spdfraktion.de/fraktion/arbeitsgruppen/arbeitsgruppe-umwelt-naturschutz-nukleare-sicherheit?mitglieder=1>

Auch die **Energiepolitiker\*innen** werden vermutlich mit dem Gesetz beschäftigt sein, der Vorsitzende ihrer Gruppe ist bei der SPD Bernd Westphal, alle Mitglieder finden sich hier:

<https://www.spdfraktion.de/fraktion/arbeitsgruppen/arbeitsgruppe-wirtschaft-energie?mitglieder=1>

### Wichtige Ansprechpersonen in der CDU

Im **Vorstand** der Unionsfraktion im Bundestag sind Georg Nüßlein (CSU) für Umwelt und Carsten Linnemann (CDU) zuständig. Die mit **Umwelt befassten Abgeordneten** sind in einer eigenen Gruppe zusammengefasst, ihre Vorsitzende ist Marie Luise Dött. Alle Mitglieder findet ihr hier:

<https://www.cducsu.de/fraktion/ag-umwelt-naturschutz-und-nukleare-sicherheit>

Auch die zu **Energiethemen arbeitenden Abgeordneten** haben eine eigene Gruppe, ihr Vorsitzender ist Joachim Pfeiffer: <https://www.cducsu.de/fraktion/ag-wirtschaft-und-energie>

## HINTERGRUND

### 4. Wo stehen die einzelnen Sektoren beim Klimaschutz und welche Maßnahmen stehen dort an?

Die Bundesregierung hat sich mit ihrem **Klimaschutzplan 2050 sektorgenaue Reduktionsziele** gegeben. Ähnlich wie bei den Klimaschutzziele insgesamt, gibt es auch hier die **Kritik, dass die Ziele zu unambitioniert** sind, sie bieten aber dennoch einen Anhaltspunkt für Sektorenziele (siehe Grafik).

**Tabelle 2:** Emissionen der in die Zieldefinition einbezogenen Handlungsfelder

| Handlungsfeld      | 1990<br>(in Mio. Tonnen<br>CO <sub>2</sub> -Äq.) | 2014<br>(in Mio. Tonnen<br>CO <sub>2</sub> -Äq.) | 2030<br>(in Mio. Tonnen<br>CO <sub>2</sub> -Äq.) | 2030<br>(Minderung in %<br>gegenüber 1990) |
|--------------------|--|--|--|--|
| Energiewirtschaft  | 466  | 358  | 175 – 183  | 62 – 61 %                                  |
| Gebäude            | 209  | 119  | 70 – 72  | 67 – 66 %                                  |
| Verkehr            | 163  | 160  | 95 – 98  | 42 – 40 %                                  |
| Industrie          | 283  | 181  | 140 – 143  | 51 – 49 %                                  |
| Landwirtschaft     | 88   | 72   | 58 – 61  | 34 – 31 %                                  |
| <b>Teilsomme</b>   | <b>1.209</b>                                     | <b>890</b>                                       | <b>538 – 557</b>                                 | <b>56 – 54 %</b>                           |
| Sonstige           | 39   | 12   | 5  | 87 %                                       |
| <b>Gesamtsumme</b> | <b>1.248</b>                                     | <b>902</b>                                       | <b>543 – 562</b>                                 | <b>56 – 55 %</b>                           |

Quelle: Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung

Im **Sektor Energiewirtschaft ist der große nächste Meilenstein ein schneller Kohleausstieg**. Dies ist besonders wichtig, weil die Ökologisierung anderer Sektoren (zum Beispiel durch Elektromobilität) auch mit größerem Stromverbrauch einher geht. Dieser muss dann erneuerbar erzeugt werden, der Ausbau der Erneuerbaren müsste aber deutlich schneller gehen als derzeit.

Während im Bereich der Energie wenigstens eine Diskussion über Reduktionsmaßnahmen begonnen hat, herrscht **in den Sektoren Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft klimapolitischer Stillstand**. So prognostiziert die Bundesregierung in ihrem Klimaschutzplan 2050 einen Anstieg der gefahrenen PKW Kilometer um 10% bis 2030. **Der CO2 Ausstoß der PKWs müsste also drastisch sinken um dennoch die Emissionsreduktionen des Verkehrssektors zu leisten**. Noch in diesem Jahr hat sich die Bundesregierung aber erfolgreich gegen höhere CO2 Grenzwerte auf EU-Ebene gewehrt.

Ein Sorgenkind der Klimapolitik ist auch der **Gebäudebereich**. In Städten wie Berlin produziert er die Hälfte des gesamten CO2-Ausstoßes. Jede Menge Wärme verpufft dabei weiter über alte Fenster und ungedämmte Decken, **die energetische Instandsetzung kommt aber kaum voran**. So müssten jedes Jahr 2 Prozent aller Gebäude saniert werden, doch nur bei der Hälfte finden tatsächlich Sanierungen statt. Wegen der langen Nutzungszeit von Gebäuden wird bis 2030 eine wichtige Vorentscheidung fallen, ob der Gebäudebestand in 2050 klimaneutral sein kann oder nicht.

Bisher **weitgehend unter dem Radar sind die Sektoren Industrie und Landwirtschaft**, obwohl beide durch den Klimawandel massiv betroffen sind. So war im Hitzesommer 2018 der Rhein zeitweise nicht schiffbar, was Produktionsketten für die Industrie entlang dieser wirtschaftlichen Schlagader gefährdete. Aufgrund der Dürre mussten, insbesondere in Norddeutschland, großflächig Noternten durchgeführt werden und Lebensmittel gingen direkt geschreddert in die Biogasanlage, statt auf den Teller zu kommen.

### **Dringende Maßnahmen aller Sektoren kurzgefasst:**

#### **Energie**

- schneller und steiler Kohleausstieg, je mehr Kraftwerke jetzt vom Netz gehen, desto mehr hilft das dem Klima
- massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien auf mindestens 75% in 2030, geplant sind durch die Bundesregierung derzeit 60%

#### **Gebäude**

- die öffentliche Hand muss verbindlich und mit klarem Zeitplan verpflichtet werden, ihren Gebäudebestand energetisch zu sanieren
- gerechte Verteilung der Kosten energetischer Sanierung auf Mieter und Vermieter, damit energetische Sanierung nicht zu unerschwinglichen Mieten führen

#### **Verkehr**

- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Förderung von ökologischer Mobilität
- Abbau von fossilen Subventionen (Abschaffung des Dienstwagenprivilegs, vergleichsweise niedrige Abgaben auf Benzin und Diesel)

#### **Landwirtschaft**

- weniger intensive Tierhaltung und weniger Fleischkonsum
- mehr ökologische Landwirtschaft, Erhalt kohlenstoffreicher Böden

## Industrie, Gewerbe und Handel

- energieeffizientere Produktion, möglichst mit eigenen erneuerbaren Energiekapazitäten
- konsequent klimafreundliches Produktdesign mit langen Nutzungszyklen

Eine **gute Quelle** für aktuelle und fortschrittliche Maßnahmen aus allen Sektoren gibt es im **Maßnahmenprogramm 2030 der Klima-Allianz**:  
[https://www.klima-allianz.de/fileadmin/user\\_upload/Ma%C3%9Fnahmenprogramm2030\\_web.pdf](https://www.klima-allianz.de/fileadmin/user_upload/Ma%C3%9Fnahmenprogramm2030_web.pdf)

## 5. Welche wirtschaftlichen Chancen für Wirtschaft und Entwicklung bietet eine am 1,5°-Ziel orientierte Klimaschutzpolitik?

Zahlreiche Studien haben immer wieder errechnet: Ambitionierter Klimaschutz birgt große Chancen für die Wirtschaft. Die meisten Studien erwarten bei konsequenter Klimaschutzpolitik in Deutschland **Hunderttausende neue Jobs, steigende Investitionsquoten und ein Wachstum des BIP**. [Das Bundesumweltministerium hat in einer Studie errechnen lassen](#), wie sich eine Ausrichtung an den Pariser Klimaziele auf die Wirtschaft auswirkt. Das Ergebnis: Die Effekte sind bei sehr ambitionierten Zielen besonders positiv. Selbst der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), sonst beim Klimaschutz eher skeptisch, sieht in einer aufwändigen Studie große Chancen im Bereich der **Klimaschutztechnologien**, etwa weil der Weltmarkt in diesem Bereich bei einer Ausrichtung an den Pariser Klimazielen stark wachsen wird.

Den besten Beleg für die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimaschutzes liefert aber die **Entwicklung im Bereich der Erneuerbaren Energien** in Deutschland: Seit der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich vervierfacht. Heute arbeiten knapp [340.000 Menschen](#) in der Branche der Erneuerbaren Energien.

### Studien & weitere Informationen:

OECD: Klimaschutz bringt Wachstumsschub für alle G20-Staaten

<https://www.bmu.de/pressemitteilung/oecd-studie-klimaschutz-bringt-wachstumsschub-fuer-alle-g20-staaten/>

BMU: Klimaschutz zahlt sich aus

<http://www.bmub.bund.de/N53752>

Adelphi et. al.: Wirtschaftliche Chancen durch Klimaschutz

<https://www.adelphi.de/de/projekt/wirtschaftliche-chancen-durch-den-klimaschutz>

BDI: Klimapfade für Deutschland

<https://bdi.eu/publikation/news/klimapfade-fuer-deutschland/>

### Studien für einzelne Bundesländer:

Wuppertal Institut: Chancen durch Klimaschutz in NRW.

[https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/3811/file/3811\\_Chancen\\_Klimaschutz.pdf](https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/3811/file/3811_Chancen_Klimaschutz.pdf)



Land Baden-Württemberg & DGB: Energiewende in Baden-Württemberg. Auswirkungen auf die Beschäftigung.

[https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2\\_Presse\\_und\\_Service/Publikationen/Energie/161101\\_Study\\_Energiewende-in-BW\\_Auswirkungen-Beschaeftigung.pdf](https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Energie/161101_Study_Energiewende-in-BW_Auswirkungen-Beschaeftigung.pdf)

ILO: Decent Work, Green Jobs and the Sustainable Economy

[https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms\\_373209.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_373209.pdf)

## 6. Das Klima wird durch globale Emissionen zerstört - welche Verantwortung hat Deutschland?

Es stimmt, dass Klimaschutz eine globale Aufgabe ist. Deshalb ist das Abkommen von Paris so wichtig. 2015 haben sich fast alle Staaten dazu verpflichtet, die Erderwärmung zu begrenzen. Diese internationale Vereinbarung hat aber nur Bestand, wenn alle Staaten ihren vereinbarten Beitrag leisten. **Halten selbst große, wirtschaftsstarke Länder wie Deutschland ihre Verpflichtung nicht ein, werden andere Länder nachziehen. Dann ist die Klimakatastrophe nicht mehr aufzuhalten.**

Deutschland war vor vielen Jahren das Vorreiterland in Sachen Klimaschutz. Aktuell aber laufen uns viele Länder den Rang ab: Schon mehr als ein Viertel der Europäischen Staaten haben Kohleausstiege bis 2025 oder 2030 beschlossen (darunter: die Skandinavischen Länder, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Portugal, Spanien, Österreich, Italien), China führt weltweit im Ausbau erneuerbarer Energien. Um Schritt zu halten, müssen wir jetzt schnell Klimaschutzmaßnahmen beschließen und umsetzen.

Braunkohlestrom macht in Deutschland noch immer fast 23 Prozent des Stroms aus. Braunkohle ist aufgrund des niedrigen Wirkungsgrades - also der Menge an Energie, die bei der Verbrennung freigesetzt wird - der dreckigste Energieträger weltweit. In absoluten Zahlen verbrennt aber niemand soviel davon wie Deutschland: **Wir sind Braunkohle-Weltmeister - und deshalb müssen wir schnell aus der Kohle aussteigen.**

Außerdem haben wir eine **Verantwortung dafür, den Klimawandel aufzuhalten.** Deutschland hat sowohl historisch als auch aktuell massiv zur Klimaerwärmung beigetragen. Die Folgen tragen aber zuallererst Menschen im Globalen Süden - beispielsweise Kleinbäuerinnen in Bangladesch, die ihre ökonomische Lebensgrundlage verlieren, weil aufgrund des Meeresspiegelanstiegs die Böden versalzen oder Menschen auf Inselstaaten im Pazifik, deren Heimat im Meer verschwindet. Es ist deshalb auch eine Frage der globalen Verantwortung, dass Deutschland beim Klimaschutz wieder Vorreiter wird.

## 7. Ist bei einem für den Klimaschutz notwendigen raschen Kohleausstieg Versorgungssicherheit gegeben?

Ja, ein schneller Kohleausstieg ist möglich - ohne die Versorgung mit Strom zu gefährden. Die **Kraftwerke in Deutschland produzieren viel mehr Strom, als wir tatsächlich brauchen**. So viel, dass wir die dreckigsten Kraftwerke sofort abschalten - und trotzdem noch Strom ins Ausland exportieren könnten. **Auch bei einem raschen Kohleausstieg und einem Atomausstieg bis 2022 bleibt die Versorgungssicherheit gewährleistet** - etwa durch einen Ausbau der Erneuerbaren Energie und die stärkere Nutzung von Gaskraftwerken als Übergangstechnologie (s. dazu die folgenden Studien).

Agora Energiewende: Kohleausstieg, Stromimporte und -exporte sowie Versorgungssicherheit  
<https://www.agora-energiewende.de/veroeffentlichungen/kohleausstieg-stromimporte-und-exporte-so-wie-versorgungssicherheit/>  
BUND-Abschaltplan für AKW und Kohlekraftwerke  
[https://www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/kohle/kohle\\_bund\\_abschaltplan\\_kohle\\_atom.pdf](https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/kohle/kohle_bund_abschaltplan_kohle_atom.pdf)  
Greenpeace: 2030 kohlefrei.  
[https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2030\\_kohlefrei\\_fraunhofer\\_ie\\_greenpeace.pdf](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2030_kohlefrei_fraunhofer_ie_greenpeace.pdf)

## 8. Wie viele Arbeitsplätze sind durch den Kohleausstieg wirklich gefährdet?

### Direkte Beschäftigung

Heute arbeiten rund 21.000 Beschäftigte direkt bei den Energieunternehmen RWE im Rheinland (10 044), der MIBRAG im Leipziger Revier (2 399) und der LEAG in der Lausitz (8 474).<sup>1</sup> Die fortgeschrittene Altersstruktur in den Betrieben ermöglicht laut dem Umweltbundesamt einen Strukturwandel ohne Kündigungen bis 2030.<sup>2</sup> Zwei Drittel der Beschäftigten sind bereits jetzt älter als 45 Jahre und mehr als die Hälfte über 50 Jahre alt. Bedingt durch diese Altersstruktur werden bis zum Jahr 2030 63% der Beschäftigten in den Ruhestand gehen. Die verbleibenden ca. 30 Prozent können danach weiterhin im Tagebaurückbau und der Renaturierung beschäftigt werden. Natürlich müssen wir die persönlichen Schicksale der Beschäftigten ernst nehmen, aber **das eigentliche Problem ist, dass es keine Planungssicherheit gibt**.

### Indirekte und induzierte Beschäftigung

Die Branche rechnet seit Jahren damit, dass jeder Arbeitsplatz in der Kohle 2,5 weitere Arbeitsplätze schafft; so kommt sie von den 20.000 direkten in der Branche selbst auf 70.000 in ganz Deutschland („indirekt“ durch Auftragsvergabe, sowie „induziert“ durch die

<sup>1</sup> Beschäftigtenstatistik der Braunkohleindustrie, Stand: August 2018

<sup>2</sup> Umweltbundesamt 18/2018:

[https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/3521/publikationen/2018-07-25\\_climate-change\\_18-2018\\_beschaefigte-braunkohleindustrie.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/3521/publikationen/2018-07-25_climate-change_18-2018_beschaefigte-braunkohleindustrie.pdf)



Konsumausgaben der Beschäftigten). Doch letztere Annahme ist fragwürdig, denn wenn die Beschäftigten in andere Branchen wechseln, oder in Rente/Vorruhestand gehen, bleiben deren Konsumausgaben erhalten. Zudem werden bei dieser Rechnung Arbeitsplätze teilweise doppelt gezählt, da ein Job im Kraftwerk einen Job im Tagebau „induziert“ und umgekehrt. Seriöse Studien gehen von einem regionalen Beschäftigungseffekt von 1 bis 1,5 aus, d.h. ein Arbeitsplatz direkt in der Kohle „schafft“ einen bis anderthalb weitere Arbeitsplätze. Zudem ist dieses Problem extrem regional, in den betroffenen Bundesländern liegt der Anteil der Kohle-Beschäftigten nur im Promille-Bereich: NRW: 0,13 Prozent, Brandenburg: 0,95 Prozent, Sachsen: 0,12 Prozent, Sachsen-Anhalt: 0,09 Prozent.

### **Beschäftigung in den Erneuerbaren**

Das Festhalten an der Kohle hat die gleichzeitige Auswirkung, dass der Ausbau bei den Erneuerbaren nicht schnell genug vorangeht. Die Zusammenstreichung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes etwa hatte einen wirtschaftlich Einbruch in der erneuerbaren Wirtschaft zur Folge. Durch die Novellierungen des EEGs unter Schwarz-Rot, die den Ausbau Erneuerbarer immer weiter einschränkten, gingen bereits um die 100 000 Arbeitsplätze im Bereich Solar-, Photovoltaik- und Windbranche verloren.<sup>3</sup>

## 9. Wie kann die Energieversorgung durch Erneuerbare in Deutschland funktionieren?

Eine **Herausforderung der Energiewende** ist, dass nicht überall in Deutschland gleich viel Energie erzeugt wird: Während in Süddeutschland vor allem Atom- und fossile Kraftwerke die Energieerzeugung bestimmen, liegt der Anteil der Erneuerbaren in Schleswig-Holstein und Hamburg schon heute bei rund 60 Prozent. Der Grund: Im Norden Deutschlands gibt es viel mehr Möglichkeiten für Windparks.

Um die Energiewende in ganz Deutschland umzusetzen, muss also der Strom aus dem Norden, aus Ostfriesland und Schleswig-Holstein, in die Industriezentren in Bayern und Baden-Württemberg transportiert werden. **Die Netze aber werden in der Mitte Deutschlands von Braunkohlestrom verstopft - das behindert den Stromtransport von Norden nach Süden.** Denn Braunkohlekraftwerke sind in der Stromproduktion sehr unflexibel und können sich nicht so schnell an die benötigten Strommengen anpassen - Windanlagen aber können jederzeit aus dem Wind gedreht werden und so flexibel reagieren. Das führt dazu, dass trotz dem gesetzlichen Einspeisevorrang der Erneuerbaren Energien in der Praxis meist der Braunkohlestrom am Netz bleibt und so die Erneuerbaren verdrängt.

Um den notwendigen Strom am Ende aus dem Norden in den Süden zu transportieren, müssen weitere Trassen gebaut werden. Dennoch: **Zuerst muss die Kohle in der Mitte Deutschlands vom Netz. Andernfalls läuft man Gefahr, ein Stromnetz zu bauen, das den Bedarf am Ende massiv übersteigt.** Das wiederum würde höhere Stromkosten, unnötige Flächenzerstörung und Protest in Mitteldeutschland zur Folge haben.

---

<sup>3</sup> Aribert Peters und Louis-F. Stahl, Erneuerbare gewinnen, [www.energieverbraucher.de](http://www.energieverbraucher.de), 2.8.2018.